

FDP zum neuen Jagdgesetz: Keine Jagdsteuer in der Stadt Krefeld!

Die FDP-Fraktion hat für die Ratssitzung am 11. Dezember beantragt, dass der Rat beschließt, nicht von der Möglichkeit zur Wiedereinführung der Jagdsteuer Gebrauch zu machen, wenn die landesgesetzlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen sind. Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, dies bei den Haushaltsplanungen und der mittelfristigen Finanzplanung entsprechend zu berücksichtigen.

"Die Landesregierung will erhebliche Einschränkungen im bestehenden und bewährten Jagdrecht für Nordrhein-Westfalen vornehmen und hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf droht die bewährte Partnerschaft von Jägern, Landwirten, Waldbauern und Grundeigentümern in der Stadt Krefeld zu zerstören", so der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende, Ratsherr Paul Hoffmann.

"Die Wiedereinführung der im Jahr 2009 abgeschafften Jagdsteuer ist nicht gerechtfertigt. Die Jäger kommen bereits mit ihrem gesetzlichen Hegeauftrag ihrer Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit nach und erbringen darüber hinaus z.B. erhebliche weitere Leistungen, die im öffentlichen Interesse liegen, bei der Fallwildbeseitigung oder bei Biotop- und Artenschutz und der Umweltbildung. Kein anderes ehrenamtliches Engagement für die Natur und Gesellschaft sei in Deutschland wird einer Steuer belegt", so Hoffmann.

"Die Stadt Krefeld ist dank eines funktionierenden Jagdsystems, bei dem die Hauptverantwortung für die Wildbewirtschaftung und den Naturschutz in die Hände der Jäger und Grundeigentümer gelegt ist, eine wildreiche Region. Die Jägerinnen und Jäger in der Stadt Krefeld sind seit Jahrzehnten der Garant für artenreiche und vitale Bestände wildlebender Tiere. Durch sinnvolle Hege und Pflegemaßnahmen haben sich die Jägerinnen und Jäger große Verdienste um die Artenvielfalt, den Artenschutz, die Wiederansiedlung und Erhalt gefährdeter Tierarten sowie den Schutz der Forst- und Landwirtschaft vor Wildschäden und Seuchen erworben. Jagd ist verlässlicher Naturschutz. Die bestehende Jagdgesetzgebung gewährleistet den Schutz des Wildes und des Waldes sowie eine sachgerechte und tier-schutzgerechte Ausübung der Jagd. Seine wesentlichen Elemente sind die Pflicht zur Waidgerechtigkeit und Hege. Damit zeichnet es sich durch einen verantwortungsvollen Umgang des Menschen mit den Tieren aus", erklärt Hoffmann und fordert deshalb, nicht von der Möglichkeit einer Erhebung der Jagdsteuer in Krefeld Gebrauch zu machen.